

23. Sonntag nach Trinitatis 2018, Röm 13,1-7

"Ich möchte auf den Apostel Paulus und seine klare und weise Anordnung im Brief an die Römer 13 verweisen, wonach die Gesetze der Regierung befolgt werden müssen, weil Gott die Regierung zu seinen Zwecken eingesetzt hat" "Geordnete, gesetzestreue Vorgänge sind gut aus sich selbst heraus. Sie schützen die Schwachen und die Gesetzestreuen."

Wissen Sie, wer das gesagt hat? Der Justizminister von Gottes eigenem Land, Jeff Sessions. Er begründete damit seine Null-Toleranz-Politik in Sachen Einwanderung. Theologisch schon kühn, ausgerechnet mit der Bibel zu begründen, dass in illegal eingewanderten Familien die Kinder von ihren Eltern getrennt werden. Es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, ist sie von Gott angeordnet. Als Paulus das den Römern schrieb (56 nach Christus), war Christoph Columbus noch lange nicht geboren. Und man fragt sich unwillkürlich: Darf eigentlich jeder Staatenlenker so die Bibel zitieren? Wo ... Obrigkeit ist, ist sie von Gott angeordnet. Der Herr Erdogan, zum Beispiel? Oder der Herr Kim Jong-un? Oder gilt das nur für christliche Politiker wie die Frau Merkel oder den Herrn Bolsonaro (um jetzt einmal deutsche Politiker aus vergangenen Zeiten außen vor zu lassen. Auch der größte Führer aller Zeiten war bekennender Katholik.)

Es ist keine Obrigkeit außer von Gott. Da steht nichts von christlicher Obrigkeit. Im Jahre 56 hieß Obrigkeit "Nero", Kaiser des Römischen Reiches. Der hat bekanntlich 8 Jahre später, als die ewige Stadt brannte, die Christen gleich mit angezündet. Sie dienten zum Beispiel als lebendige Fackeln auf kaiserlichen Gartenpartys. Der Legende nach wurde Paulus selbst unter Nero geköpft. Ob Paulus das, mit dem Kopf auf dem Hackklotz, auch noch gesagt hätte: "Wo ... Obrigkeit ist, ist sie von Gott angeordnet."? Wahrscheinlich nicht, denn im Jahre 56 hätte er gar nicht mehr damit gerechnet, so alt zu werden. Im Jahre 56 war der Beginn des Jüngsten Gerichts nur noch eine Frage von Wochen oder Monaten. Paulus ging davon aus, dass der Messias ganz schnell kommt, um dem Leid und dem Unrecht dieser Welt endlich ein Ende zu bereiten. Er wollte also keine allgemeine Staatslehre verfassen, mit der wir 2000 Jahre später die Vereinigten Staaten, die Republik Türkei oder die Demokratische Volksrepublik Korea theologisch wasserdicht machen, sondern: Er wollte das Verhältnis von Gemeinde und staatlicher Gewalt für die nächste Zeit bestimmen. Pragmatisch war er dabei. Probt keine Palastrevolution, haltet die Füße still, es ist nicht an uns, den neuen Himmel auf Erden zu bauen, der kommt von ganz allein, und zwar bald. Zahlt bis dahin eure Steuern, ordnet euch unter, gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist. Das ist enttäuschend unpolitisch in einer Zeit, in der die Kirche so gern auf politischen Bühnen mitspielen möchte, in der sie als moralische Instanz, als Wächterin der Demokratie und als gesellschaftliches Schwergewicht auftritt, um die Großen dieser Welt alle naslang zu ermahnen. Wir hatten es letztens schon einmal gehabt: Bekanntlich lässt der Messias noch auf sich warten. Die urchristliche Gemeinde hat sich mit der Wiederkunft Christi verrechnet. Seit 2000 Jahren richten wir Christenmenschen uns in der Welt ein und warten auf Sein Kommen. 2000 Jahre Advent als Flatrate. Christentum wurde in dieser Zeit zur Staatsreligion, Päpste setzten Kaiser ein, Kirchenräte und Bischofskonferenzen veröffentlichen Sozialworte und Denkschriften. Wir halten es mittlerweile mit Bonhoeffer, der Ende 1942 schrieb: "Mag sein, dass der Jüngste Tag morgen anbricht, dann wollen wir gern die Arbeit für eine bessere Zukunft aus der Hand legen, vorher aber nicht."

Wenn der Retter der Welt auf sich warten lässt, muss sich ja irgendwer bis dahin um diese Welt kümmern. Christsein heißt, Verantwortung zu übernehmen. Die Kaiser Roms haben seit langem ausgedient, in anderen Breitengraden gibt es noch immer Herrscher, die Menschen ihres Glaubens wegen anzünden. Bei uns nicht. Gott sei Dank. Bei uns herrscht, so sagen manche, "das Volk". Das ist nicht ganz schlecht, aber auch nie ganz gut. Wie sagte Churchill: "Demokratie die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen." Und auch wenn sich die Vereinigten Staaten manchmal "Gottes eigenes Land" nennen, wie zum Beispiel auch Neuseeland, Kerala oder diverse Gegenden in Großbritannien: Sie sind eben keine Theokratie, sondern eine Demokratie. Es ist ein Unterschied, ob ein Herrscher von Gott eingesetzt oder gar selbst der liebe Gott ist. Unser Text macht das deutlich. Er entzaubert die Politik, Nero ließ sich damals als Gottkönig verehren. Paulus hingegen schreibt: Er ist ein Diener. Seine Macht ist nicht selbstverständlich, sie ist Gott gegeben und sie schuldet diesem Gott auch Verantwortung, wenn er demnächst kommt. 2000 Jahre später neigen wir eher selten dazu, Staatslenker zu verehren. Den wenigsten von uns entschlüpft ein "Allmächtige!" beim Anblick unserer Bundeskanzlerin. Und auch wenn ihr Kollege in den Staaten gern großtut: Auch er hat nicht das Zeug zum Gottpräsidenten. Gerade wir Deutschen leisten uns wenig Euphorie angesichts der Politik, zu frisch die Erinnerung an einen gottgleichen Gröfaz. Es gehört zum guten deutschen Ton, Politiker durch den Kakao zu ziehen, die Grenzen zwischen kluger Satire und blödem Politklamauk verwischen im Fernsehen immer mehr. "Die da oben", das ist für manch einen an deutschen Stammtischen und Internetforen, eine machtbesessene, grenzdebile Gurkentruppe, die nichts auf die Reihe kriegt. Das ist ein gesellschaftliches Klima, das Demokratie

...



Seite 2 von 3

nicht gerade leichter macht. Ehre, dem Ehre gebührt! Dieser paulinische Imperativ gilt vielleicht The voice of germany oder Germanys Next Topmodel, aber ganz gewiss keinem bundesdeutschen Politiker, der zumindest versucht, hier ein wenig Verantwortung zu übernehmen.

Ehre dem Ehre gebührt, weil das gut ist, dass der Staat eine Ordnung hat, weil wir Strukturen und Gesetze brauchen, eine Staats*macht*, die die Schwachen schützt und Recht und Ordnung aufrecht erhält. Es braucht das Schwert, sagt Luther und wählt folgendes Bild: Wenn man Wölfe, Löwen, Adler und Schafe in einem Stall zusammenpfercht, hat da eine Tiergruppe ganz, ganz schlechte Karten. Es braucht Hunde und Keulen, damit die Schafe überleben. Ehre, dem Ehre gebührt. Ehre den Politikerinnen, Ehre der Polizei, Ehre den Zoll- und Finanzbeamten. Sie dienen Gott, jedenfalls dann, wenn sie ihren Job vernünftig machen. Justizminister Sessions macht seinen Job nicht vernünftig. Dabei will ich an dieser Stelle gar nicht seine Null-Toleranz-Politik kritisieren (obwohl ich dazu große Lust hätte): Sondern Justizminister Sessions beruft sich nicht auf die Vernunft, sondern auf Gott. Das ist aber nicht sein Job. Herr Sessions soll vernünftige Politik machen, das heißt jenseits aller göttlichen Offenbarung dafür zu sorgen, dass Christen, Muslime, Juden, Atheisten und Verehrer des fliegenden Spaghettimonsters in Würde und Frieden miteinander leben können. Dann ist die Politik, dann ist diese Welt in Ordnung. Dann handelt sie im Auftrag Gottes. Schwierig wird's, wenn Weltmächtige sich zu Allmächtigen aufschwingen, die nicht nach allgemeiner Vernunft, sondern eigenem Gutdünken herrschen. Das gilt von Ramses den II., der unbelehrbar daran festhielt, das Volk Israel zu versklaven, bis hin zu heutigen Gottesstaatschefs, die ein Heer von Gotteskriegern befehligen.

Natürlich findet sich die Vernunft auch in Gottes Wort, zum Beispiel in Matthäus 7: Alles nun, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihr ihnen auch! Eine Goldene Regel, die sich in so ziemlich jeder Religion und diversen Philosophien widerspiegelt: Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andren zu. Viel wäre gewonnen, wenn wir diese Regel zum Grundgesetz politischen Handelns erklärten. Davon abgesehen sollten wir uns davor hüten, in der Politik den Namen Gottes zu missbrauchen. Ob Einwandererfamilien getrennt werden oder nicht, ist erst einmal eine politische Frage. Es macht die Sache nicht besser, sie religiös aufzublasen. "Wer Menschenblut vergießt … dessen Blut soll auch durch Menschen vergossen werden." heißt es im 1. Buch Mose. Damit begründen manche Schwestern und Brüder in Amerika die Todesstrafe. "Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein", kontern sofort die anderen. "Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!" "Wer das Schwert nimmt, der wird durchs Schwert umkommen!", sagen die einen. "Der HERR ist der rechte Kriegsmann, die anderen." Können wir bitte die Bibel aus Senatssälen und Bundestagen heraushalten? Sie ist kein Kanonenfutter für Parlamentspolemik. Denn: Was gewinnen wir dort mit der Bibel? Nur eins: Emotionen. Und die helfen selten, wenn man versucht, gemeinsam eine politische Lösung zu finden. Ein C im Parteinamen bringt keinen Alleinvertretungsanspruch für Gottes Wort mit sich, genau so wenig wie "Die Linke" ein gottloser, aber leider gewählter Haufen ist. Beide sind "in Ordnung". Beide garantieren Ordnung. Daran müssen sie sich messen lassen. Das gilt für alle Parteien, auch für die, die wir selbst, nie, nie, niemals wählen würden.

So jedenfalls der Plan. Aber was ist, wenn eine Regierung unvernünftig ist, wenn sie keine gesellschaftliche Ordnung garantiert, in der die Schwachen geschützt und die Hungrigen satt werden? So – sagt der Herr Dr. Luther – so "muss man auch die weltliche Obrigkeit zurechtweisen, damit sie die Habe ihrer Untertanen nicht durch Wucher und schlechte Fürsorge vertut. Aber vorschreiben zu wollen, wie man Brot und Fleisch verkaufen und wie man den Besitz versteuern soll, ist nicht des Predigers Sache" (Tischreden 308). Biblische Botschaft ist niemals unpolitisch, aber sie ist eben nicht Politik. Sowenig Bibelstellen in Parteiprogrammen auftauchen sollten, sollten Parteiprogramme in Predigten auftauchen. Es erfordert ein gehöriges Maß an Vernunft *und* Frömmigkeit zu entscheiden, ab wann Kirche in einer Sache auf die Barrikaden geht und den sogenannten Bekenntnisstand ausruft.

Das Schöne an der Kirche ist ja, dass sie nicht nur predigt. Das Schöne an der Kirche ist, dass sie auch was tut. Es gibt eben nicht nur die Kirche am Roosens Weg. Es gibt auch das Diakonische Werk in der Königsstraße. Der Weg zwischen beiden war in den letzten Jahrzehnten nicht immer einfach. Eine Kirche, die nicht diakonisch ist, hört auf Kirche zu sein. Eine Diakonie, die die Kirche als Kraftquelle vergisst, hört auf Diakonie zu sein. Und trotzdem ist es schwer, dass beide zueinander finden. Die letzten Jahre brachten ein Umdenken. Soziologen entdeckten die Kraft des einzelnen. Bei aller Individualisierung und allem Einzelkampf in dieser Stadt gibt es überall Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, die Sache nicht allein irgendwelchen Profis zu überlassen, sondern selbst diakonisch tätig zu werden. Das spricht überhaupt nicht gegen die Profis, aber es braucht in unserer Gesellschaft Menschen vor Ort, Menschen mit Zeit und Ideen,

...



Seite 3 von 3

Menschen, denen daran gelegen ist, dass ihr Umfeld menschen- und gottesfreundlicher wird. Zahlreiche diakonische Projekte sind vor diesem Hintergrund entstanden. Eins davon waren die Kirchenkaten.

1995 rief der damalige Landespastor Dr. Stephan Reimers dieses Projekt ins Leben. Seit 20 Jahren stehen nun auch bei uns welche. Ich weiß aus Erzählungen, welchen Gegenwind es damals gegen die Kirchenkaten gab: Wohnungslose im schönen Othmarschen und damit selbstverständlich die Gefahr, dass solche Menschen die Straßen unsicher machen und die Kriminalität im Stadtteil mindestens um 400% steigt. Ähnlicher Gegenwind wehte uns übrigens in unserer Gemeinde um die Nase, als die ersten Flüchtlinge am Holmbrook einzogen. Beide Winde wurden jeweils innerhalb von Wochen zu lauen Lüftchen. Keine Befürchtung bewahrheitete sich. Ein sicherer Beweis dafür ist, dass heute, 20 Jahre später, bei uns im Stadtteil die wenigsten wissen, was und wo Kirchenkaten überhaupt sind. Das ist unter anderem Charlotte Sievers zu verdanken. Doch dazu an anderer Stelle mehr.

Wenn Kirche die Liebe Gottes verkündet, dann *muss* sich das auswirken in dieser Welt. Liebe kann man nicht in Parteiprogramme aufnehmen, Liebe kann man nicht per Gesetz verordnen. Im Allgemeinen lieben kann man nicht. Liebe liebt das Konkrete, erfüllt sich am Nächsten. Das kann Politik nicht leisten, sondern nur Menschen, die im Haupt- und Ehrenamt ihrem Nächsten dienen. Ihr Dienst ist zugleich auch immer ein politischer Dienst. Sie verändern die Stadt, verändern das Land, verändern die Welt, wenn sie sich denen zuwenden, die Unterstützung brauchen. Sie verändern damit nicht allein das Leben der Bedürftigen – in den letzten 20 Jahren haben Dutzende hier an der Emkendorfstraße für eine Zeit ein Dach über dem Kopf und später auch eine richtige Wohnung gefunden. Diakonie hält die Armen in der Mitte der Gesellschaft. Wehe der Stadt, in der die Armen verdrängt werden! Wehe einem Land, das nur noch Klientelpolitik betreibt, in dem jeder nur noch auf sein eigenes Recht und seinen eigenen Vorteil aus ist und nicht mehr für das Recht und den Vorteil des Nächsten sorgt.

Vor einer Woche erfror die 43jährige Hinz&Kunz(t)-Verkäuferin Johanna auf einer Parkbank am U-Bahnhof Niendorf-Markt. Erst 4 Tage später begann in unserer Stadt das Winternotprogramm, pünktlich zum 1. November. Das Jahr 2018 sollte uns eigentlich gelehrt haben, dass Temperaturen keine Frage des Kalenders sind. Aber selbst wenn sich das Winterwetter an den regulären Fahrplan gehalten hätte: Nach vorsichtigen Schätzungen sind 2000 Menschen in Hamburg obdachlos. 940 Notunterkünfte gibt es seit diesem Monat, die zum Teil verlost werden müssen. Das ist ein politisches Problem, das politisch gelöst werden kann, das politisch gelöst werden muss.

Ich möchte auf den Apostel Paulus und seine klare und weise Anordnung im Brief an die Römer 13 verweisen: Die Obrigkeit ist Gottes Dienerin, dir zu gut und den anderen auch in dieser Stadt, diesem Land, dieser Welt. Ehre, der Ehre gebührt, demokratisch könnte man vielleicht übersetzen: Wahlkreuz, dem Wahlkreuz gebührt. Den anderen nicht. Amen.

Pastor Martin Hofmann